

**Antrag<sup>\*)</sup>**

**des Abg. Dr. Boris Weirauch u. a. SPD und  
des Abg. Nikolai Reith u. a. FDP/DVP**

**Konsequenzen aus den Gerichtsurteilen zu unrechtmäßig  
verlangten Rückzahlungen von Coronasoforthilfen**

Wir ersuchen den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sich mit den Gerichtsurteilen zur Rückzahlung von Coronasoforthilfen und deren Konsequenzen zu befassen und sich hierzu von der Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus berichten zu lassen.

15.10.2025

Dr. Weirauch, Wahl, Dr. Fulst-Blei SPD  
Reith, Scheerer, Dr. Schweickert FDP/DVP

**Begründung**

Die Urteile des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim vom 9. Oktober 2025 zu unrechtmäßig verlangten Rückzahlungen von Coronasoforthilfen müssen aus Sicht der Antragsteller im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus thematisiert werden, um insbesondere in Erfahrung zu bringen, wie die Landesregierung die Entscheidung des Gerichts bewertet, welche Folgen daraus für weitere Klagen und Einsprüche zu den Rückzahlungen von Coronahilfen zu ziehen sind und wie viele Fälle/Klagen/Widersprüche und Fallsummen der Soforthilfe von den jeweiligen Gerichtsurteilen betroffen sind oder sein könnten.

---

<sup>\*)</sup> Antrag gemäß § 26 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtags.

Eingegangen: 15.10.2025/Ausgegeben: 15.10.2025

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*